

28
—
79

Union in Deutschland

Bonn, den 16. August 1979

Steuern schon 1980 senken

Schon 1980 wird die Lohnsteuer wiederum um mindestens 13 % zunehmen und der durchschnittliche Arbeitnehmer von einer Mark Lohnerhöhung nur 50 Pfennige netto auf die Hand bekommen — bei einer Preissteigerung, die sich zur Zeit auf 5 % zubewegt. Dieser Zustand ist untragbar. Die Union fordert deshalb: Steuersenkungen sind notwendig, und zwar schon 1980.

Helmut Kohl: Die Gedankenspiele der Bundesregierung sind völlig unzureichend und werden den Tatsachen nicht gerecht. Regierung und Koalitionsparteien zeigen eine erschreckende Hilflosigkeit. Sie sind nicht in der Lage, die selbstgeschaffenen Widersprüche ihrer Finanzpolitik aufzulösen.

Franz Josef Strauß: Es ist immer dasselbe Verwirrspiel, um die Bürger zu täuschen. Erst bezeichnet die Regierung Steuersenkungen als unverantwortlich, dann deutet sich an, daß sie auch daran denkt, allerdings erst ein Jahr später als die Opposition verlangt. Schließlich muß sie unter dem Druck der CDU/CSU die Steuersenkung um ein Jahr vorziehen. Das wird sich auch diesmal wiederholen.

Weitere Argumente zur Steuerpolitik der Union Seiten 5/8

■ FINANZEN

Die heimlichen Steuererhöhungen gehören nicht dem Staat Seite 5

■ KOALITION

Die Affäre Scherf Seite 9

■ EUROPA

Parteien der Mitte: Initiativen für eine gemeinsame Politik Seite 11

Europäische Frauen-Union:
„Kinder — unsere Zukunft“

Seite 14

■ SCHÜLER-UNION

Votum für eine schülernahe Bildungspolitik Seite 15

■ DOKUMENTATION

Bilanz der Europawahl
grüner Teil

■ ÖA

Ideen — Taten — Aktionen zum Thema „Umfragen“. Neu im Angebot rosa Teil

Die nächste Ausgabe
UiD Nr. 29/79 erscheint am
6. September 1979

Hinweis:

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage des VZ-Verlages bei.

■ INFORMATION

Elternvereine berieten sich mit der CDU

Ein Gespräch über jugend- und bildungspolitische Fragen führten in Begleitung von Experten die stellvertretende Vorsitzende der CDU, Kultusministerin Dr. Hanna-Renate Laurien, und der Vorsitzende des Deutschen Elternvereins, Dr. Marcel Kisseler. Kisseler verwies auf den steigenden Unwillen der Eltern, die mit der Neuregelung des elterlichen Sorgerechts und dem Jugendhilfegesetzentwurf der SPD/FDP-Koalition in die Zange genommen werden: Nach sozialistischen Vorstellungen würde die Erziehung der Kinder künftig eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deren Wahrnehmung die Gesellschaft Familien und außerfamiliären Einrichtungen übertrage. Zwangsläufig könne der Staat dann in der Erziehung aller Jugendlichen eingreifen, wenn er eine „Gefährdung“ sehe. Im weiteren Verlauf des Gesprächs standen Fragen der Mitbestimmung der Eltern in der Schule, der Gestaltung der Schulbücher und Probleme der Orientierungsstufe. Es wurde vereinbart, den Meinungsaustausch fortzusetzen.

Nicht gleichgültig bleiben

Zu den neuen politischen Strafbestimmungen in der DDR gehört u. a. die Androhung von 12 Jahren Freiheitsstrafe für einen DDR-Bürger, der Informationen, die nicht der Geheimhaltung unterliegen, westlichen Stellen übergibt oder sie ihnen in irgendeiner Form zugänglich macht. Als strafwürdig wird auch angesehen, wenn jemand Schriften, Manuskripte oder andere Materia-

lien, „die geeignet sind, den Interessen der DDR zu schaden, unter Umgehung von Rechtsvorschriften an Organisationen, Einrichtungen oder Personen im Ausland übergibt oder übergeben läßt“.

Hierzu erklärt der stellv. Vorsitzende des innerdeutschen Ausschusses des Deutschen Bundestages, der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Olaf von Wrangel: Die Verschärfung der Strafbestimmungen in der DDR stellen einen weiteren schwerwiegenden Schritt auf dem Wege zur Unterdrückung der Bevölkerung im anderen Teil Deutschlands dar. Nicht nur Schriftsteller oder Journalisten, sondern die ganze Bevölkerung wird davon betroffen. Die Bundesrepublik Deutschland darf an diesem Vorgang nicht gleichgültig vorbeigehen. Aus diesem Grunde fordert die CDU/CSU die Bundesregierung auf, diesen Komplex in die innerdeutschen Verhandlungen mit einzubeziehen.

Die Strafbestimmungen sind außerdem eine Verletzung der Schlußakte von Helsinki. Die Bundesregierung muß nun überlegen, ob sie nicht zusätzlich auf der nächsten Folgekonferenz in Madrid aus eigener Initiative das Thema der zunehmenden Knebelung der Menschen in der DDR zum Anlaß einer internationalen Aussprache nehmen muß.

Die Staatsquote steigt

„Das Gewicht des Staates hat in den siebziger Jahren außerordentlich zugenommen. Die Staatsquote stieg von ca. 37 Prozent im Durchschnitt der sechziger Jahre auf 48 Prozent in den letzten Jahren. Das ist die schnellste und stärkste Steigerung, die es jemals in Friedenszeiten gegeben hat“. Das konstatiert der Frankfurter Professor für Betriebswirtschaftslehre, Dr. Wolfram

Engels, in seinem Beitrag zum kritischen Buch „Schlankheitskur für den Staat“.

Bessere Kontrolle der Entwicklungshilfegelder

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat eine Große Anfrage zur Deutschen Beteiligung in internationalen Entwicklungshilfeorganisationen eingebracht. Ziel dieser Anfrage ist es, die Bundesregierung zu veranlassen, die bürokratischen Wucherungen und ständigen Ausdehnungsversuche der multilateralen Entwicklungshilfeorganisationen des UN-Systems abzubauen, diese auf einen vernünftigen praktikablen Umfang zurechtzuschneiden und darum besorgt zu sein, daß die über solche Organisationen fließenden deutschen Steuergelder für Entwicklungshilfe nicht in unüberschaubaren Apparaturen versickern, sondern hauptsächlich den Hilfsbedürftigen selbst zugute kommen.

Sozialausschüsse sagen Strauß Unterstützung zu

Mitgliedschaft und die Führungsspitze der CDU-Sozialausschüsse sind bereit, sich mit dem Spitzenkandidaten Strauß energisch für einen Wahlerfolg der Union einzusetzen. Sie setzen voraus, daß die zentralen Aussagen des CDU-Grundsatzprogramms Eingang in die Wahlkampfaussagen finden und daß die Sozialausschüsse sich in der Spitzmannschaft für eine Unionsregierung „gut repräsentiert“ sehen. Dies erklärte der Hauptgeschäftsführer der Sozialausschüsse, Scharrenbroich, auf der Landestagung der CDA Westfalen-Lippe in Bad Lippspringe.

Scharrenbroich sagte, die Sozialausschüsse hätten die Nominierung von Strauß als demokratisch akzeptiert. Da-

mit sei für sie die Diskussion um den Kanzlerkandidaten abgeschlossen. Strauß selbst, sagte Scharrenbroich, habe für ein klares Verhältnis zu den Sozialausschüssen bereits einige Voraussetzungen geschaffen.

Der CDU-Landesvorsitzende Kurt H. Biedenkopf betonte auf der Tagung, es sei kein Zweifel, daß die Kandidatur von Strauß unbequemer sei, als es die von Albrecht gewesen wäre. Es komme jetzt aber darauf an, was die CDU aus dieser Kandidatur mache. Dabei treffe die Sozialausschüsse eine große Verantwortung. Biedenkopf bezeichnete es als „selbstverständlich“, daß die Leitideen des CDU-Grundsatzprogramms auch in das Wahlkampfprogramm der Unionsparteien aufgenommen würden.

CSU will keine Parteigewerkschaft

Franz Josef Strauß hat versichert, niemand in der CSU denke daran, eine Staats- oder Parteigewerkschaft anstreben. Strauß unterstrich darüber hinaus seine positive Einstellung zum Grundrecht der Koalitionsfreiheit und zu freien Zusammenschlüssen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern „ohne Wenn und Aber“. Der Deutsche Gewerkschaftsbund müsse sich aber wie jede Gesellschaftsgruppe auch der Kritik stellen.

Pierothe mahnt die Koalition

Der CDU-Abgeordnete Elmar Pieroth hat die SPD/FDP-Koalition daran erinnert, daß in der letzten Regierungserklärung eine Initiative zur Vermögenspolitik angekündigt worden sei. „Denkanstöße für Maßnahmen, die schon im Gerangel der Ressorts versanden“, hat es nach Meinung Pieroths nun genug gegeben. Die Zeit dränge. Die CDU/

CSU habe bereits im Februar 1978 einen Gesetzentwurf zur Förderung der freiwilligen betrieblichen Gewinn- und Kapitalbeteiligung im Bundestag eingebracht. Das sei ein Weg, die Arbeitnehmer in stärkerem Maße am Kapital der Unternehmen zu beteiligen.

Pieroth plädiert für einen Stufenplan. Danach soll das 624-Mark-Gesetz für die Förderung des Geldsparens beibehalten werden, für die Anlage in Produktivkapital sollte der Begünstigungsrahmen des Vermögensbildungsgesetzes auf 936 DM ausgeweitet werden. Darüber hinaus sollte die steuerliche Begünstigung von Beteiligungen am arbeitgebenden Unternehmen ausgedehnt werden. Die FDP habe sich bislang nur durch immer neue Ankündigungen in der Vermögenspolitik ausgezeichnet.

Strauß wurde illegal abgehört

Das Telefon von Franz Josef Strauß wurde über einen längeren Zeitraum von Geheimdienstexperten illegal abgehört. Dies ergibt sich, wie die „Welt“ erfährt, aus dem Entwurf der dem Abhörausschuß des Bundestages angehörenden Sozialdemokraten. Die Abhöraktion bei Strauß war im Dezember 1977 bekanntgeworden, als die „Süddeutsche Zeitung“ von anonyme Seite ein Protokoll eines Telefongesprächs erhielt, das Strauß mit dem Chefredakteur des „Bayernkurier“, Wilfried Scharnagl, geführt hatte. Der SPD-Abgeordnete Jürgen Linde berichtet, der „Welt“ zufolge, über das Ergebnis der einjährigen Untersuchung des Falles: In dem „von langer Hand vorbereiteten Unternehmen verfügten die Urheber nicht nur über technisches Spezialkönnen, sondern auch über erhebliches Wissen aus dem Bereich der Nachrichtendienste, das sich sowohl gegen Strauß wie ge-

gen die Dienste als solche gerichtet haben kann“. Hier waren nicht Laien am Werk, sondern „Kenner mit beträchtlichem Insiderwissen“.

RCDS bleibt stärkster Studentenverband

In Bonn legte der Bundesvorsitzende des RCDS, Stephan Eisel, die Zusammenfassung der Ergebnisse der Studentenwahlen des Sommersemesters 1979 vor. Danach konnte der RCDS seine Stelle als stärkster Studentenverband mit einem Stimmenanteil von 24,4 % deutlich behaupten. Es folgen die Basisgruppen mit 16,1 % der Stimmen und die Jungsozialisten mit 14 %. Auf die DKP-orientierten Studentengruppen MSB-Spartakus und SHB entfielen zusammen 8 %. Insgesamt hatten sich ca. 100 000 Studenten an den Wahlen ihrer Vertretungsorgane beteiligt. Dies entspricht einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von ca. 33 %.

Methanolanteil im Benzin nicht besteuern

Methanol als Beimischung zum Benzin sollte nach Ansicht der CDU/CSU im Interesse einer verstärkten Markteinführung und damit des Ölsparens nicht der Mineralölsteuer unterliegen. Ihr forschungspolitischer Sprecher Lenzer trat in Bonn für eine „totale Steuerbefreiung“ des Methanolanteils etwa auf die Dauer von zehn Jahren ein. Ohne große technische Umrüstung der Fahrzeuge sei eine Beimischung des auf Kohlebasis gewonnenen Methanols im Benzin bis zu 15 Prozent möglich. Die CDU/CSU hat die Bundesregierung aufgefordert, ein Dringlichkeitsprogramm für den Verbund von Kohle und Kernenergie zur Sicherung der Energieversorgung vorzulegen.

■ FINANZPOLITIK

Die heimlichen Steuererhöhungen gehören nicht dem Staat

Die Union hat in den letzten Wochen eine energische Offensive in der Steuerpolitik eingeleitet, über die in den Massenmedien ausführlich berichtet wurde und die eine starke Resonanz in der Öffentlichkeit fand. Nachfolgend eine Zusammenfassung der Argumente.

Die Quittung für eine verfehlte Finanzpolitik

Die SPD will unverändert möglichst viel Staat und braucht deswegen einen hohen finanziellen Staatsanteil. Trotz aller gegenteiligen Erfahrungen glaubt sie unbeirrbar, daß der Staat und seine Bürokratie besser sei als Leistungswille und Wagemut des einzelnen Bürgers. Deswegen ist eine hohe Steuerbelastung für die SPD unausweichlich.

Die Höhe der Einnahmen bestimmt für jeden vernünftigen Menschen die Höhe seiner Ausgaben. Erst den SPD-Ideologen war die „Entdeckung“ vergönnt, daß dies für den Staat nicht gelten müsse. Wenig durchdachte, dafür aber um so teurere Reformvorhaben wurden aus dem Boden gestampft und belasten uns heute mit ihren finanziellen Folgen. Obwohl die Steuereinnahmen Rekordhöhe erreichten, wurden in zehn Jahren beim Bund die Schulden auf 200 Milliarden hochgetrieben.

Heute wird die Quittung präsentiert. Der Schuldendienst ist bereits höher als die Neuverschuldung. Bereits jede fünfte Steuermark muß für Zinsen und Tilgungen ausgegeben werden. Es berührt die SPD und FDP wenig, daß wir heute auf Kosten der Zukunft leben und unsere Kinder noch dafür zu bezahlen haben. Aus der Sicht der SPD ist dies ein weiteres Hindernis für Steuersenkungen.

Die Lohnsteuer ist nicht nur die größte, sondern auch die am schnellsten wachsende und am härtesten zugreifende Steuer. Von 50 Steuern bringt sie heute allein ein Drittel des Steueraufkommens, das sind in diesem Jahr voraussichtlich rund 100 Mrd. DM.

1969 erbrachte die Lohnsteuer erst rund 18 % (27 Mrd. DM) des gesamten Steueraufkommens. Offenbar ist diese Explosion als besondere Auszeichnung jenen zugeschlagen, deren Interesse die SPD gepachtet zu haben glaubt. Lohnstreifen und Gehaltsabrechnungen machen nach jeder Tariferhöhung das Ärgernis deutlich: Die Steuerprogression läßt die gegenwärtig recht bescheidenen Steigerungen von Löhnen und Gehältern zu kümmerlichen Beträgen zusammenschrumpfen.

Was ist das für eine Steuergerechtigkeit, die den Normalverbraucher fast wie den Millionär behandelt? Eine Regierung, die dies zuläßt, entmutigt einsatzbereite und leistungswillige Bürger

und untergräbt eigenhändig die Steuermoral. In den Augen von SPD/FDP wiegen diese Fakten jedoch weniger als ihr Geldhunger.

Helmut Kohl am 6. August 1979
im Deutschland-Union-Dienst

Entlastung gegenüber dem verschärften Preisanstieg

Eine unverzügliche Steuersenkung ist vor allem deshalb geboten, weil wegen stärkerer Preis- und Lohnsteigerung schon 1980 wieder heimliche Steuererhöhungen eintreten. Bei unverändertem Tarif würde die Lohnsteuer im nächsten Jahr schon wieder um eine zweistellige Milliardenzahl steigen.

Wenn die Steuersenkungen so ausgewogen sind, daß ihre finanzielle Auswirkung Bund und Länder gleichmäßiger trifft, sollten die CDU/CSU-regierten Länder bereit sein, Tarifkorrekturen zu unterstützen. Allerdings sollte auch etwas zur Senkung der ertragsunabhängigen Steuern geschehen. Die Tarifkorrekturen sind verwaltungstechnisch so leicht durchzuführen, daß die dadurch

entstehenden Änderungen kein echtes arbeitsmäßiges Problem bedeuten, anders als etwa bei der Umsatzsteuer.

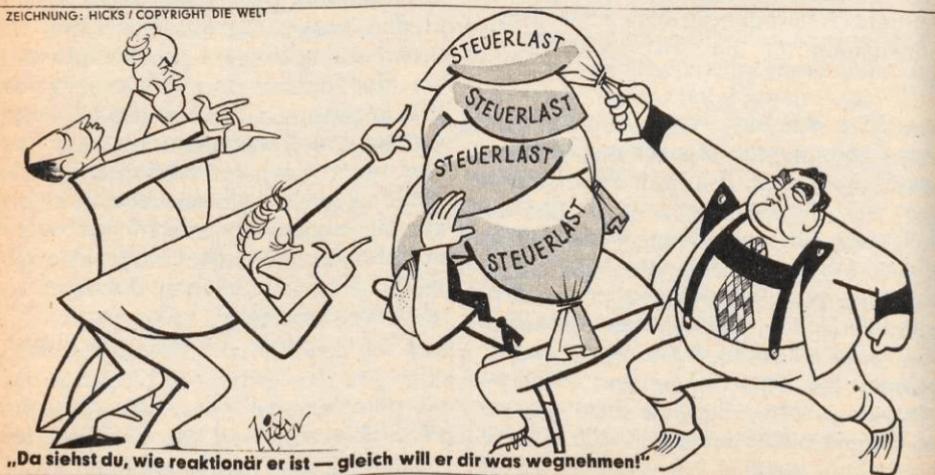
Durch eine Steuersenkung zum Januar 1980 würde der peinliche Eindruck von Wahlgeschenken vermieden und der Sache besser gedient. Eine Entlastung gegenüber dem verschärften Preisanstieg wäre möglich, und außerdem würde den Gewerkschaften die Fortsetzung ihrer bisherigen Politik der Mäßigung (Verzicht der IG Metall auf einen Lohn-Nachschlag im Zusammenhang mit der Ölpreiserhöhung) erleichtert.

Franz Josef Strauß am 29. Juli 1979
in „Welt am Sonntag“

SPD/FDP-Politik auf dem Rücken der Arbeitnehmer

Die heimlichen Steuererhöhungen sind das Krebsübel unseres Steuersystems schlechthin. Jeder Arbeitnehmer bekommt es sofort mit aller Härte zu spüren, wenn er dank seines gestiegenen Einkommens und größerer Leistungen die Steuergrenze von 22% bei 16 000 DM (Ledige) bzw. 32 000 DM

ZEICHNUNG: HICKS / COPYRIGHT DIE WELT



Die Fakten

Die Lohnsteuer beginnt schon 1979 entgegen allen Erwartungen erneut zu explodieren. Im Juni betrugen die Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahr 10,7 Prozent. Von 9 Mrd. DM Steuermehreinnahmen im ersten Halbjahr 1979 fielen allein 2,5 Mrd. DM auf die Lohnsteuer. Bereits 1980 wird die Entlastungswirkung der letzten Steuersenkung in der Einkommensteuer völlig verschwunden sein. Dann wird sie Spaltenreiter mit einer Zunahme von 13 Prozent. Die Einkommen der unabhängig Beschäftigten werden dagegen nur um 6 bis 7 Prozent steigen. Die Lohnsteuerbelastung also wächst doppelt so schnell wie die Einkommen.

Somit hat sich das Aufkommen der Lohn- und der Einkommensteuer von 1969 bis 1977 um 186,4 v. H., hingegen das Gesamtsteueraufkommen lediglich um 106 v. H. erhöht. Das Bruttosozialprodukt ist dagegen nur um 90 v. H. gewachsen.

Jahr	Anteil der Lohnsteuer am Gesamtsteueraufkommen	Anteil der Lohnsteuer am Bruttosozialprodukt	Steuereinnahmen am Bruttosozialprodukt = Steuerquote
1969	18,7 v. H.	4,5 v. H.	24,3 v. H.
1975	29,4 v. H.	6,9 v. H.	23,5 v. H.
1977	30,3 v. H.	7,6 v. H.	25,1 v. H.
1982	35,1 v. H.	8,9 v. H.	25,3 v. H.

(Verheiratete) hinter sich lässt und in die Progression rutscht. Die Enttäuschung vieler Millionen fleißiger und arbeitsamer Bürger, die die finanzpolitische Einfallslosigkeit der SPD/FDP-Koalition mit ihrem sauer verdienten Lohn bezahlen müssen, ist verständlich und vollauf berechtigt.

Von Steuergeschenken kann daher überhaupt nicht gesprochen werden. Es geht um das Verhindern von automatischen, heimlichen Steuererhöhungen, die die Regierung auf leisen Sohlen vornehmen will.

Wenn der Bundesfinanzminister, obwohl er dies alles weiß, Steuersenkungen unter vielen Vorbedingungen erst für 1981 in Aussicht stellt, so kann dies nur zweierlei heißen: Die SPD/FDP-Re-

gierung denkt nicht daran, den überhöhten Staatsanteil zurückzudrehen, indem sie ernsthaft spart und die Ausgabenzuwächse in einem mehrjährigen Verfahren herunterführt.

Die Arbeitnehmer sollen wieder stärker zur Kasse gebeten werden. Die Behauptung von Minister Matthöfer, die Opposition wolle gleichzeitig auf Einnahmen verzichten, mehr Geld ausgeben und Schulden zurückzahlen, ist eine glatte Irreführung. Noch nie war eine Opposition mit Ausgabeanträgen so zurückhaltend wie die CDU/CSU. Obendrein wurden diese wenigen Anträge streng an die Haushaltsslage gekoppelt.

Hansjörg Häfele am 8. August 1979
im „Handelsblatt“

Steuervereinfachung beim Kinder- betreuungsbetrag gefordert

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat im Rahmen ihrer Steuerinitiativen im Bundestag Anfang August einen Gesetzentwurf zur Änderung des Einkommensteuergesetzes — Umgestaltung des verwaltungsaufwendigen Kinderbetreuungsbetrages in einen nachweisfreien Pauschbetrag — eingebracht. Was damit erreicht werden soll, erläutert nachfolgend Hansjörg Häfele:

Der Widerstand der SPD und FDP gegen die von der CDU/CSU beantragte Wiedereinführung von Kinderfreibeträgen hat beim Steueränderungsgesetz 1979 zu der steuerlichen Mißgeburt des Kinderbetreuungsbetrages geführt, welcher ab 1. Januar 1980 wirksam werden soll. Wer den nachweispflichtigen Kinderbetreuungsbetrag unverändert bestehen lassen will, darf das Wort „Steuervereinfachung“ nicht mehr im Munde führen.

Der bürokratische Aufwand beim Steuerbürger und bei der Finanzverwaltung wäre kaum zu überbieten. Zudem kämen vor allem besonders geschickte Steuerauslegungskünstler zum Zuge, während der unberatene einfache Bürger leer ausgehe. Benachteiligt wären namentlich die Familien, bei denen, was besonders erwünscht ist, die Mutter die Kinder betreut, ohne durch unredliche „Scheine“ einen anderen Anschein zu erwecken. Eltern mit Kindern müssen jedoch steuerlich geringer belastet werden als Eltern ohne Kinder.

Der Antrag der CDU/CSU führt zur Steuervereinfachung und bringt zu-

gleich sozial- und familienpolitische Verbesserungen. Außerdem bereinigt er die Benachteiligung von geschiedenen und getrennt lebenden Eltern. Der besonders eilige Antrag soll gleichfalls vorweg einen Teil der heimlichen Steuererhöhungen des Jahres 1980 verhindern.

Dazu sagen SPD/FDP nein

Im Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau haben SPD und FDP geschlossen einen Entschließungsantrag der CDU/CSU zum Haushalt 1979 des Bundesbauministers abgelehnt. Abgelehnt wurden damit:

- die Wohnungseigentumsbildung verstärkt für kinderreiche Familien zu fördern,
- im Wohnungsbau unter gezielter individueller Absicherung der einkommensschwachen Bevölkerungskreise den Kräften des Marktes mehr Raum zu geben und
- die unübersehbare Vielzahl der öffentlichen Förderungsprogramme mehr als bisher aufeinander abzustimmen und ihren Vollzug für den Bürger überschaubarer und unbürokratischer zu gestalten. Dazu erklärte der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Friedrich-Adolf Jahn (Münster):

Insbesondere die FDP muß sich fragen lassen, wie sie ihr Abstimmungsverhalten mit ihren täglich gegebenen Verlautbarungen vereinbaren kann, die anwachsenden Probleme im gesamten Bereich des Wohnungsbauens seien nur mit marktwirtschaftlichen Mitteln zu lösen, unsere Politik müsse kinderfreundlicher und die Bürokratie abgebaut werden. Schöne Absichtserklärungen — nur wenn diese Fragen konkret zur Abstimmung anstehen, entpuppen sie sich als Irreführung der Öffentlichkeit.

■ KOALITION

Die Affäre Scherf

Die SPD-Wahlkampfmethode der unterschwelligen Verleumdung des Gegners — erst Beleidigung, dann teilweise Zurücknahme mit der Kalkulation, daß doch etwas davon in der Öffentlichkeit hängengeblieben ist — wird deutlich am Fall des Bremer Finanzsenators Scherf (SPD).

Dieser hatte eine Konstellation an die Wand gemalt, in der Carstens Bundespräsident, Stücklen Bundestagspräsident und Strauß Kanzler sei. „Das ist doch wie ein Alptraum“, hatte Scherf gesagt, „für mich wäre das so, als ob dieser Staat an eine Gang abgetreten ist.“

Daraufhin bedauerte Bürgermeister Koschnick Karl Carstens gegenüber, daß der Bundespräsident in die Auseinandersetzung mit einbezogen worden sei. Und Scherf erklärte, er habe den Gegner mit seiner Bemerkung „nicht kriminalisieren“ wollen. Er habe Carstens in diesem Sinne einen Brief geschrieben, bei Strauß werde er sich aber nicht entschuldigen, betonte Scherf.

Hierzu erklärte der Unionsabgeordnete Friedrich Vogel u. a.:

Wenn sich ein Bremer SPD-Finanzsenator derartiger Verunglimpfungen der Inhaber der beiden höchsten Staatsämter in der Bundesrepublik und zusätzlich des Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern erlauben kann, ohne unverzüglich seines Amtes enthoben zu werden,

dann fühlt jeder, der sich ein Gespür für Atmosphäre bewahrt hat, wohin es mit der SPD gekommen ist.

Lächerlich wirkt, wenn Bürgermeister Koschnick statt zu handeln, durch seinen Pressesprecher erklären läßt: „An der Küste kann man das englische Wort ‚Gang‘ nicht nur mit ‚Verbrecherbande‘ übersetzen, sondern auch als ‚Jungs‘, die im Hafen arbeiten.“ Man müsse daher Scherf erst fragen, wie er es gemeint habe.

Vogel sagte, es sei nicht auszuschließen, daß der Bundeskanzler und einige andere mit der sanfteren Zunge der Sachlichkeit zu reden aufforderten, während absprachegemäß die linken Kader der Partei zu brutalsten Verleumdungen greifen. Der SPD-Vorsitzende Brandt bestätigte sich hier bereits als Vorreiter, wenn er die Wahl von Franz Josef Strauß als Kanzlerkandidat der Union als „Machtergreifung“ bezeichne und bekannte Gruselbilder vor sich hin produziere.

Dilettanten-Diplomatie

Der Nahost-Auftritt des FDP-Bundestagsabgeordneten Jürgen Möllemann hat nach Meinung der CDU/CSU zu „schwerwiegenden Differenzen“ zwischen ihm und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher geführt. Wie der außenpolitische Experte der Oppositionsfraktion im Bundestag, Alois Mertes (CDU), äußerte, sind diese Unstimmigkeiten der eigentliche Grund dafür, daß Möllemann eine angekündigte Pressekonferenz über das Ergebnis seiner Reise nach Beirut und Damaskus überraschend absagte. Mertes riet dem FPD-Politiker, seine unseriöse „Hopp-la-hier-bin-ich-Diplomatie“ endgültig aufzugeben. Bei einem so explosiven

politischen Stoff wie dem Nahostproblem seien vielmehr Grundsatztreue und Besonnenheit vonnöten. Erneut wandte sich Mertes gegen den Möllermann-Vorschlag, eine interfraktionelle Bundestagsdelegation solle mit Arafat sprechen. Solange die PLO nicht der Anwendung von Terror und Gewalt abschwören, könne sie für Organe der Bundesrepublik Deutschland kein Gesprächspartner sein.

Machtmisbrauch der SPD/FDP im personellen Bereich

Die parteipolitisch einseitig gefärbte Praxis der SPD-FDP-Bundesregierung bei der Auswahl, Ernennung und Beförderung von Beamten in Bonner Ministerien beklagt MdB Otto Regensburger, beamtenpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. Er verweist in diesem Zusammenhang auf einen weiteren systematischen Misbrauch, der darin besteht, junge und unerfahrene, aber parteipolitisch für zuverlässig erachtete Bewerber in Blitzkarrieren in höchste Beamtenpositionen zu schieben, in denen sie dann auf Jahrzehnte den leistungsgerechten Aufstieg bewährter Beamter blockieren. Wenn sie nicht gar, was auch immer häufiger festgestellt werden muß, wegen Unfähigkeit oder aus Gründen weiterer Pfründenwirtschaft vorzeitig als sogenannte politische Beamte mit leichterworbenen aber schweren Ruhegehältern in Pension geschickt werden.

Hier einige Beispiele:

Wohnungsbauminister Haack schickte den Staatssekretär seiner beiden SPD-Vorgänger mit 54 Jahren in den Ruhestand, um ihn durch einen 32jährigen Günstling zu ersetzen. Da alle Beteiligten SPD-Mitglieder sind, und keine Än-

derung politischer Richtlinien verkündet wurde, liegt hier eindeutig ein Mißbrauch der Bestimmungen über die politischen Beamten vor.

Der Fall zieht einen weiteren nach sich: Ein 39jähriger Ministerialdirektor, selbstredend SPD, mag dem um sieben Jahre jüngeren Staatssekretär nicht dienen und will sich auf fünf Jahre beurlauben lassen — offensichtlich dar auf spekulierend, daß ihn dann eine CDU/CSU-Regierung ohnehin in den Ruhestand schickt. Er blockiert bis dahin den Aufstieg anderer, die für ihn die Arbeit tun müssen.

Im Bundesfinanzministerium setzte der Minister gegen den einhelligen Widerspruch des Personalrats die Beförderung eines 36jährigen Neu- und Günstlings zum Ministerialdirigenten durch.

Im Bundespresseamt schickte Amtschef Bölling einen 42jährigen Ministerialdirektor der eigenen Couleur wegen kleinlicher Eifersüchteleien in den Ruhestand. Auch hier ein Misbrauch der Bestimmungen über politische Beamte.

Münchens Polizeichef kehrt SPD den Rücken

Der Münchener Polizeipräsident, Manfred Schreiber (53), hat nach 19jähriger Mitgliedschaft der SPD den Rücken gekehrt. Ein Mitarbeiter Schreibers sagte, die Trennung von der Partei sei nicht als „Schau“ für die Öffentlichkeit berechnet, sondern ebenso wie Religion „ureigenste Privat- und Gewissensangelegenheit“. Im Hintergrund der Entscheidung stehen nach Informationen aus Parteikreisen Differenzen Schreibers mit der SPD in Sachen Innere Sicherheit, Strafvollzug und Antiterror-Gesetzgebung.

■ EUROPA

Parteien der Mitte: Initiativen für eine gemeinsame Politik

Auf Einladung von Premierminister Margaret Thatcher, Vorsitzende der Konservativen Partei des Vereinigten Königreiches, trat die Parteivorsitzendenkonferenz der Europäischen Demokratischen Union (EDU) zu ihrem zweiten Treffen am 20. und 21. Juli 1979 in London zusammen. An diesem Treffen nahmen Vertreter von 19 europäischen christdemokratischen, konservativen und nicht-kollektivistischen Parteien teil.

Daneben waren der Demokratische Jugendverband Europas (DEMYC), die Europäische Frauenunion (EFU) und die Europäischen Demokratischen Studenten, (EDS) vertreten.

Nachstehende Parteien wurden als neue Mitglieder beziehungsweise als Beobachter der Sitzung aufgenommen: UDF (Frankreich)

Demokratische Sammlungspartei Zyperns

Gerechtigkeitspartei (Türkei) als Beobachter

die Trentiner Volkspartei (Italien) trat als Mitglied bei.

Der scheidende Vorsitzende der EDU, Dr. Josef Taus (ÖVP), gab einen Bericht über die Entwicklung und den Fortschritt der Union seit ihrer Gründung im April 1979. Er wies darauf hin, daß die EDU zu einer politischen Realität im Rahmen der europäischen Politik ge-

worden sei, in der sich Vertreter aus den meisten Ländern des freien Europas zu einem intensiven Meinungsaustausch zu dringenden politischen Fragen treffen und versuchen, diese Fragen im Geiste der Solidarität und der gemeinsamen Grundsätze der Mitteparteien zu lösen.

Die Parteiführer nahmen seinen Bericht zur Kenntnis und sprachen Dr. Taus Dank und Anerkennung für die geleisteten Dienste aus.

Die Parteivorsitzendenkonferenz wählte anschließend Dr. Alois Mock, Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei, zu ihrem neuen Vorsitzenden bis zur nächsten Jahrestagung 1980 und bestätigte den Exekutivsekretär der EDU, Dr. Andreas Khol, in seiner Funktion. Der Rechnungsabschluß für das Finanzjahr 1978/79 und das Budget für das Finanzjahr 1979/80 wurden gleichfalls gutgeheißen.

Der neue Vorsitzende der EDU, Dr. Alois Mock, stellte bei der Übernahme seiner Funktion fest, daß er die EDU tatkräftig zu einer noch umfassenderen Arbeitsgemeinschaft sämtlicher Mitteparteien in Europa machen wolle, in der sich, unabhängig von ihren Parteinaßen, alle jene christdemokratischen, konservativen, liberalen und sonstigen nichtkollektivistischen Parteien finden können, welche die Grundsätze der Union akzeptieren, die in der Erklärung von Kleßheim 1978 festgelegt sind.

Die EDU, so meinte Mock, wird auch weiter eine wichtige Rolle als Bündnispartner zwischen den europäischen Gemeinschaftsländern und den Nichtmitgliedern der Europäischen Gemeinschaft zu spielen haben.

Die Parteiführer berieten in der Folge die Berichte der von ihnen im vorigen Jahr eingesetzten Unterausschüsse und nahmen die darin enthaltenen Empfehlungen auf folgenden Gebieten an:

1. Beschäftigungspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft

(Bericht: Alain Juppé, RPR, Frankreich).

Bei dieser Diskussion wurde die besondere und grundlegende Bedeutung der Beschäftigungssituation der Jugendlichen und der Frauenarbeitslosigkeit hervorgehoben. Diese Fragen werden zur weiteren Bearbeitung dem Unterausschuß „Wirtschaft — Staat — Gesellschaft“ zugewiesen. Im weiteren wurde der Vorsitzende der EDU beauftragt, die auf dieser Sitzung angenommene Empfehlung den Fraktionsvorsitzenden der EVP, der Europäischen Demokraten, den Fortschrittsdemokraten und der liberalen Fraktion zu übermitteln.

2. Europäische Politik

(Bericht: Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht, CDU, Deutschland)

In der Diskussion zu diesem Punkt — besonders die Frage der Behandlung weltweiter politischer Fragen — wurde besonders betont, daß die Zusammenarbeit mit den in Frage kommenden europäischen Parteien weiter ausgebaut werden solle. Mit der Prüfung von Fragen der Zusammenarbeit mit außereuropäischen Parteien wurde der Lenkungsausschuß beauftragt.

3. Energie und Umwelt

(Bericht: Anders Wijkmann, Gemäßigte Sammlungspartei, Schweden, und Dr. Heinz Riesenhuber, MdB, CDU, Deutschland)

Auch dieser Bericht wurde einstimmig angenommen. Der Vertreter der Österreichischen Volkspartei schlug Änderungen vor, die auch akzeptiert wurden, die dem österreichischen Standpunkt der ÖVP entsprechen: an den Ergebnissen der Volksabstimmung und den bestehenden gesetzlichen Regelungen soll nicht gerüttelt werden.

4. Eurokommunismus

Berichterstatter: Staatsminister Douglas Hurd und Lady Elles, Mitglied des Europäischen Parlaments, Conservative Party, Großbritannien)

Dieser Bericht wurde mit geringen Änderungen zur Kenntnis genommen. Die Parteiführerkonferenz beschloß des weiteren, die Arbeiten der EDU zu intensivieren und ihre Tätigkeit im zukünftigen Jahr auf folgende Schwerpunkte zu konzentrieren; sie setzte auch die entsprechenden Unterausschüsse ein:

a) Europäische Strukturen und Europäische Politik

Dieser Unterausschuß wird von der CDU betreut.

Der Unterausschuß Europäische Strukturen befaßt sich mit jenen Fragen, die ihm ausdrücklich vom Lenkungsausschuß zugewiesen werden, sowie mit der Koordinierung europapolitischer Fragen innerhalb der EDU, insbesondere aber auch mit der Koordinierung der Fragen, die im Verhältnis zwischen Parteien auftreten, die im Europäischen Parlament vertreten sind und solchen, die nicht im Europäischen Parlament vertreten sind und der EDU angehören.

Als besondere Aufgabe weist der Lenkungsausschuß dem Komitee Europäische Strukturen die Fortschreibung der Erklärung von Kleßheim und die Vorbereitung eines europäischen Kongresses über grundsätzliche politische Positionen der EDU-Parteien zu.

b) Terrorismus

Dieser Unterausschuß wird von der UCD in Spanien betreut. Das Mandat des Unterausschusses umfaßt die Analyse des Phänomens des Terrorismus, seiner Grundlage und Erscheinungsformen und die Maßnahmen, die gegen dieses Phänomen ergriffen werden können.

c) Familienpolitik

Dieser Unterausschuß wird von der Österreichischen Volkspartei betreut. Ziel dieser Arbeitsgruppe ist die Erarbeitung konkreter gemeinsamer Grundsätze für die Familienpolitik der Parteien der Mitte in Europa. Die Definition der politischen Rahmenbedingungen für die freie Entfaltung der Familie, Analyse der bevölkerungspolitischen Lage in Europa und die Wege zu einer kinderfreundlichen Gesellschaft stehen im Vordergrund ebenso wie die Politik gegen die Gefahren einer zunehmenden Sozialisierung der Familien und das Konzept der Partnerschaft in der Familie.

d) Die Europäische Linke

Dieser Unterausschuß wird von der Conservative Party betreut. Gegenstand dieses Unterausschusses ist die Analyse der Phänomene des Europäischen Sozialismus, einschließlich des demokratischen. Er umfaßt auch die Entwicklung von Strategien einer Politik, womit dem Sozialismus begegnet werden kann.

e) Wirtschaft, Staat und Gesellschaft

Ziel dieses von der CSU betreuten Unterausschusses ist die Untersuchung der Systemfrage im Bereich des Zusammenhangs zwischen den wirtschaftlichen Ordnungssystemen, den gesellschaftlichen Entwicklungen und den staatlichen Verwaltungsstrukturen. Die Freiheitsdimension der Sozialen Marktwirtschaft und der Stellenwert der Solidarität in einer leistungsorientierten Gesellschaft, die Alternativen zur fortschreitenden Bürokratisierung sollen untersucht werden und entsprechende Strategien entwickelt werden.

Im Rahmen dieses Unterausschusses wird eine besondere und ständige Studiengruppe eingerichtet, die sich mit den drängenden und überaus wichtigen Problemen der Bekämpfung der Jugend- und Frauenarbeitslosigkeit beschäftigt.

f) Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Dieser Unterausschuß wird von der Nationalen Sammlungspartei aus Finnland betreut.

Gegenstand dieser Arbeitsgruppe ist die Erarbeitung von Richtlinien für eine gemeinsame Sicht der gesamteuropäischen Probleme im Zusammenhang mit der 2. Folgekonferenz der Sicherheitskonferenz, die 1981 in Madrid zusammenentreten wird. Im Zusammenhang damit werden auch Fragen der Abrüstung zu besprechen sein. Im Vordergrund steht die Analyse der Sicherheitslage in Europa.

Im allgemeinen wird festgehalten, daß an den Arbeitsgruppen die zuständigen Bereichssprecher der einzelnen Parteien teilnehmen.

■ EUROPÄISCHE FRAUENUNION

„Kinder — unsere Zukunft“

Die 13. Generalversammlung der Europäischen Frauenunion (EFU) vom 22. bis 29. Juli 1979 in Bonn mit ihren rund 200 Teilnehmerinnen war ein weiterer Beweis für die gute Zusammenarbeit christlich-demokratischer und konservativer Frauen in Europa. Im Internationalen Jahr des Kindes waren unter dem Motto „Kinder — unsere Zukunft“ die Auswirkungen wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Aspekte auf das Kind das zentrale Thema.

Die Mitglieder der EFU hatten sich damit in den letzten zwei Jahren in ihren Fachkommissionen und Landessektionen befaßt. Der Generalversammlung lag als Broschüre eine Zusammenfassung dieser Untersuchungen nebst der daraus folgenden Ergebnisse und Empfehlungen vor. Diese Broschüre macht einmal mehr die Grundsätze der EFU deutlich, „nämlich das Wissen, daß Verständnis und Liebe einem Kind Gesundheit, Stabilität, Glück und Sicherheit vermitteln in der Familie“, für die kein „gleichwertiger Ersatz bekannt ist“, wie es die bisherige Vorsitzende, Diana Elles, formulierte.

Von diesem Verständnis ist auch die Schlußresolution getragen, in der sich die 14 Mitgliedssektionen entsprechend der CDU-Forderung nach Einführung eines Familiengeldes für die Sicherstellung der Betreuung des Kleinkindes wenigstens in seinen ersten drei Jahren durch einen Elternteil aussprechen.

Generalsekretär Heiner Geißler betonte in seiner Grußansprache, daß heute neben den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit derjenige zwischen organisierten und nichtorganisierten Interessen getreten sei. „Hier stellt sich die Neue Soziale Frage, zu der auch die Probleme der Hausfrauen, die Doppelbelastung von erwerbstätigen verheirateten Frauen mit Kindern und die Benachteiligung auch der erwerbstätigen Frau gegenüber dem erwerbstätigen Mann gehören.“

Die Vorsitzende der deutschen Sektion der EFU, MdB Helga Wex, verwies auf den großen Anteil am Erfolg der Frauen bei den Europawahlen, der ohne sie kaum die vorgefundene Intensität gehabt habe.

In weiteren Resolutionen forderte die EFU insbesondere Maßnahmen gegen das Flüchtlingselend in Südostasien, zur Energiesicherung, zur verstärkten Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern, gegen die Frauen- und Jugendarbeitslosigkeit und zur Verbesserung der Situation ausländischer Arbeitnehmer.

Zur neuen Vorsitzenden wurde die Schwedin Ingrid Diesen (Moderata Samlingspartiet) gewählt. Von der Bundesrepublik Deutschland wurde Marlene Lenz erneut 2. Vizepräsidentin.

Zu den bisherigen drei von deutschen besetzten Vorsitzen der einzelnen Fachkommissionen kam durch die Wahl von Edelgard Schönau als Vorsitzende der Wirtschaftskommission einer hinzu.

■ SCHÜLER-UNION

Votum für eine schülernahe Bildungspolitik

Die Jahrestagung 1979 vom 3. bis 5. August in Bonn hat die breite Übereinstimmung der Schüler-Union in den grundlegenden Fragen des Selbstverständnisses und der Bildungspolitik gezeigt. Die fünfzig Vertreter aus allen Bundesländern bewältigten ein umfangreiches und dicht gedrängtes Programm zu den zentralen Problembereichen der Verbandsarbeit.

In seinem Rechenschaftsbericht wies der Bundessprecher Christian Wulff auf die Kontinuität der Verbandsarbeit in den vergangenen sechs bis sieben Jahren hin. Nach seiner wie auch nach Ansicht der Vertreter der Landesverbände betrachtet es die SU auch heute noch als ihre Hauptaufgabe, sich für die alltäglichen Belange der Schüler und für eine an der Schulpraxis und an den Interessen der Betroffenen orientierten Bildungspolitik einzusetzen.

Diese Meinung wurde auch in der Diskussion mit mehreren Schulpolitikern aus verschiedenen Bundesländern bestärkt. Durch deren Beiträge und durch verschiedene letztthin bekanntgewordene Untersuchungs(teil)ergebnisse fand die SU ihre grundlegenden Bedenken gegen die integrierte Gesamtschule bestätigt. Das wohlgegrundete Eintreten für das begabungsgerechte gegliederte Schulwesen sollte die Union jedoch nicht davon abhalten, Gesamt-

schulen — insbesondere kooperative — dort vorläufig zu akzeptieren, wo sie nun einmal vorhanden sind oder neu zuzulassen, wo Eltern dies wollen und wo die Gesamtschule nicht das einzige Angebot ist.

Von Vertretern der Meinungsforschungsinstitute Emnid und Allensbach, Tacke und Herdegen, ließ sich die Schüler-Union über die vielbeklagte „Entpolitisierung“ der gegenwärtigen Jugend informieren. Dieses Thema wird schon in Kürze fortgeführt werden, um Wege zu finden, junge Menschen für die SU und die Union wirkungsvoller anzusprechen.

Weiterhin diskutierten die Delegierten mit Clemens Christians (Deutscher Lehrerverband) und Erich Frister (GEW). Frister befürwortete weiterhin die Gesamtschule, erklärte aber, daß er sie „den Eltern nicht aufzwingen wolle“.

Christians betonte, daß die Differenzierung der modernen Gesellschaft auch ein differenziertes Schulangebot erfordere.

Mit dem Bundesgeschäftsführer der CDU, Ulf Fink, besprach die Schüler-Union die zukünftige Ausgestaltung der Zusammenarbeit von Partei und Schülerverband. Der Schüler-Union wurde eine verstärkte Beteiligung an der bildungspolitischen Programmdiskussion der CDU zugesagt.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBUHR BEZAHLT

ZITAT

Troika zerbröckelt

Bei dem jüngsten Hin und Her der SPD-Personalpolitik ist allerdings die Frage nach einem neuen Parlamentsvize nur der auslösende, nicht aber der entscheidende Faktor. Wichtiger ist die Absicht des Bundeskanzlers, seinen langjährigen und engen Vertrauten Hans-Jürgen Wischnewski nicht nur auf den Stuhl des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden zu hieven, sondern ihn auch als Nachfolger Wehnerts im Fraktionsvorsitz aufzubauen. Schmidt möchte — den Sieg bei der nächsten Bundestagswahl voraussetzend — einen parlamentarischen Partner haben, auf den er bauen kann.

Wann Wehner gehen wird, weiß außer ihm selbst niemand. Immer wieder hat er gesagt, er wolle den Karren der Fraktion so lange ziehen, wie der Karren gezogen werden wolle. Wehner hat freilich auch spüren müssen, daß

Schmidt, 1974 vom Fraktionschef als Nachfolger des gescheiterten Bundeskanzlers Willy Brandt herbeigerufen, mittlerweile mehr und mehr Bedenken gegen den „SPD-Zuchtmeister“ Wehner hat.

Abrüstungspolitik vor allem und die ständig wiederkehrende Forderung Wehnerts, es müsse nun endlich Spektakuläres bei der deutsch-polnischen Aussöhnung geschehen, sind dabei für Schmidt die Stichworte. Im Machtkalkül Schmidts spielt langfristig der Name Wischnewski die wichtigste Rolle. Daß der Kanzler über Parteichef Willy Brandt in diesem Zusammenhang kein Wort mehr verliert, ist nicht unbedingt neu. Es ist aber ein Zeichen dafür, daß die in manchen Schwierigkeiten bewährte SPD-Führungstroika Schmidt/Brandt/Wehner zerbröckelt.

Helmut Schmidt richtet sich auf die Zeit nach Wehner und Brandt ein. Aber für die Posten dieser beiden SPD-Größen steht mit Wischnewski nur ein einziger Kandidat zur Verfügung. Das deutet auf die ungeheuer knappe SPD-Personaldecke hin.

Kölnische Rundschau, 9. August 1979

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Tel. (0 22 21) 54 41. Verlag: Unions Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstr. 173, Tel. (0 22 21) 22 10 81. Vertrieb: Tel. (0 22 21) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD